



Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement Newsletter Nr. 8 vom 4.8.2011

Inhalt

SCHWERPUNKT-THEMA: BBE-AKTIONSWOCHE 2011

- Unternehmensengagement - Bürgerstiftungen - Europa
- BBE kooperiert in der Aktionswoche mit dem DRK
- Vorstellung der Internetseite der Aktionswoche

LÄNDERBERICHTE

- Runder Tisch Bürgerschaftliches Engagement in Bayern
- NRW: Sachverständigengespräch Bürgerengagement
- Marktplatzmethode in Bremen und Thüringen

AKTUELLES AUS ENGAGEMENTPOLITIK UND -FÖRDERUNG

- Eine EBI kann teuer werden
- Kopplungsmodell BFD und FSJ
- Bundesfreiwilligendienst: Kleine Anfrage der SPD; Stellungnahme der BAGSO
- FSJ-Kultur: Anfrage beantwortet
- Programm »Jugend stärken«: Kürzungen, Entschlussanträge
- Transparenterer Lobbyismus: Entschlussantrag
- Extremismusklausel: Kleine Anfragen und praktische Erfahrungen
- Städtebauförderung: Anträge der Opposition
- Bürgerbeteiligung: Projektaufruf
- Unterausschuss BE: Protokoll der 15. Sitzung
- Bürgerdialog Energietechnologien der Zukunft

- [Geschäftsstelle »Europäisches Jahr 2012« eingerichtet](#)
- [Stefan Nährlich: Sozialunternehmer ohne Sozialunternehmen](#)

AKTUELLES AUS DEM BBE

- [Breuninger-Stiftung und DFB: Das BBE begrüßt neue Mitglieder](#)
- [Ehrenamtliche Vereinsvorstände: Projekt](#)
- [BBE wirkt mit beim 6. Demographie-Kongress in Berlin](#)
- [Engagement junger Flüchtlinge fördern: Tagung](#)
- [AG 6 Öffentlichkeitsarbeit: Sitzung am 20.06.2011](#)
- [Neuer Mitarbeiter in der Geschäftsstelle](#)
- [Ausschreibung: Praktikum in der BBE-Newsletter-Redaktion](#)

FACHDISKURS

- [Generationendialog: Sommerforum](#)
- [Ökumenische Tagung zum ehrenamtlichen Engagement](#)
- [Heinz-Westphal-Preis 2011 ausgeschrieben](#)
- [Software für Onlineumfrage als Spende für Vereine](#)
- [Zivilgesellschaft in Zahlen: Publikation](#)
- [Engagement und Migration: Publikationen](#)
- [Freiwilligenchartas: Publikation](#)
- [Hinweis](#)

SCHWERPUNKT-THEMA: BBE-AKTIONSWOCHE 2011

nach oben

Unternehmensengagement - Bürgerstiftungen - Europa

»Engagement macht stark« ist auch in diesem Jahr das Leitmotiv für die Woche des bürgerschaftlichen Engagements in der Zeit vom 16. bis 25. September 2011 hat sich die Kampagne zur Woche des bürgerschaftlichen Engagements maßgeblich weiterentwickelt: Durch die Hervorhebung von drei Schwerpunktthemen in der Aktionswoche erhält die Woche ein Gerüst. Einzelinitiativen, Dachorganisationen und Unternehmen erhalten dadurch die Möglichkeit für zielgruppen- und themenorientierte Aktivitäten. Für die Woche 2011 sind die drei Thementage Unternehmensengagement (19.09.), Bürgerstiftungen (23.9) und Europa (21.9) geplant. Zu jedem Thementag wurde

mindestens eine im Engagementbereich bekannte »Leitorganisation« als Partner gewonnen, die das BBE bei der Aktivierung von Initiativen durch Öffentlichkeitsarbeit, Organisationskapazität und konzeptionelle Beiträge unterstützt. Die Thementage bieten sowohl die Möglichkeiten der Selbstdarstellung als auch eine Plattform für Multiplikatoren. Die Thementage werden durch die bewährten Instrumente der Kampagne wie den Infoletter, das Kampagnenmagazin oder die Webseite hervorgehoben. Die Aktionswoche 2011 wird von den Engagement-Botschaftern Ulrike Folkerts und Peter Maffay unterstützt, die 2010 von Familienministerin Dr. Kristina Schröder für drei Jahre ernannt wurden.

Weitere Informationen unter

http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2011/08/nl8_thementage.pdf
(231 kB)

nach oben

BBE kooperiert in der Aktionswoche mit dem DRK

Mit dem Ziel, die große Bandbreite des Engagements darzustellen und die Woche des bürgerschaftlichen Engagements in der Öffentlichkeit noch stärker zu machen, kooperiert das BBE 2011 in der Aktionswoche mit dem Deutschen Roten Kreuz (DRK). Mehr als 400.000 Menschen engagieren sich alleine in Deutschland ehrenamtlich beim DRK. Im Rahmen der Kooperation wird im monatlich erscheinenden Infoletter jeweils eine Einrichtung oder ein Projekt des DRK vorgestellt und zahlreiche DRK Einrichtungen beteiligen sich an der Woche des bürgerschaftlichen Engagements. Kurz nach der Aktionswoche organisiert das DRK in Zusammenarbeit mit dem BBE den »Zukunftskongress Ehrenamt und Freiwilligentätigkeit« in Münster. In der Zeit vom 28. bis 30. Oktober werden rund 1500 Teilnehmerinnen und Teilnehmer erwartet.

Weitere Informationen unter

http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2011/08/nl8_kooperation_drk.pdf (125 kB)

nach oben

Vorstellung der Internetseite der Aktionswoche

Auf der Internetseite der Aktionswoche finden Interessierte, Akteure und Medienvertreter eine Vielzahl von Informationen rund um die Aktionswoche. Dort abonniert man den Infoletter, findet einen Veranstaltungskalender, bekommt Werbematerial, Pressemeldungen und Pressefotos und erhält Darstellungen ausgewählter Projekte und hilfreiche Links zu unterschiedlichen Engagementbereichen.

Weitere Informationen über die Angebote unter

http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2011/08/nl8_internetauftritt.pdf
(124 kB)

Homepage unter

<http://www.engagement-macht-stark.de>

nach oben

LÄNDERBERICHTE

nach oben

Runder Tisch Bürgerschaftliches Engagement in Bayern

Der Runde Tisch Bürgerschaftliches Engagement in Bayern hat ein Papier »Aufgaben und strategische Entwicklungsfelder des Bürgerschaftlichen Engagements in Bayern« erarbeitet. Dieses wurde auf einem Symposium in Nürnberg am 23. Mai 2011 einer breiteren Fachöffentlichkeit vorgestellt. Der Entwurf des Papiers wurde in einer Redaktionsgruppe unter Leitung von Dr. Thomas Röbbke vom Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement erstellt und nach langer fachlicher Diskussion im Konsens beschlossen. Das Bayerische Sozialministerium hatte im Frühjahr 2009 den Runden Tisch einberufen, der sich mit bürgerschaftlichem Engagement insbesondere im sozialen Bereich befasst. Initiiert wurde diese Plattform gemeinsam mit den Wohlfahrtsverbänden. Es gehören ihm darüber hinaus u. a. die kommunalen Spitzenverbände und Vertreter aller im Landtag vertretenen Parteien an. Das Papier des Runden Tisches wurde auch zur Vorlage einer Kabinettsbefassung im Frühjahr 2011.

Papier des Runden Tisches unter

http://www.stmas.bayern.de/sozialpolitik/ehrenamt/strateg_entwicklg_be.pdf

nach oben

NRW: Sachverständigengespräch Bürgerengagement

Am 7. Juli 2011 führte der Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend des Landtags NRW ein Sachverständigengespräch zum Thema »Bürgerengagement - Ehrenamt« durch. Als Themen wurden behandelt: Bürgerschaftliches Engagement und seine Potenziale (Prof. Thomas Klie), bürgerschaftliches Engagement als Schlüsselressource für die Kommune (Prof. Norbert Wohlfahrt), Engagementfreundliche Landespolitik (Prof. Thomas Olk) und Engagement lernen in der Schule (Carla Gellert, Sandra Zentner). Die Ausschusssitzung führte landespolitische Gespräche fort, die am 27. Januar, 15. Juni und 15. September 2009 sowie am 24. Februar 2011 zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren und Abgeordneten bzw. Vertreterinnen und Vertretern aller im Landtag vertretenen Fraktionen stattfanden. Diese Gespräche wurden veranstaltet von der Kölner Freiwilligenagentur, dem CBE Centrum für Bürgerengagement und 3WIN - Institut für Bürgergesellschaft. Beteiligt waren die Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen, der Kölner Diözesanverband für das Erzbistum Köln, der Paritätische Landesverband NRW und Vertreter des für bürgerschaftliches Engagement zuständigen Ministeriums. Die Stellungnahmen sind online verfügbar.

Stellungnahme unter

http://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/Webmaster/GB_I/I.1/aktuelle_drucksachen/aktuelle_Dokumente.jsp?docTyp=ST&wp=15&dokNum=B%FCrgerengagement

nach oben

Marktplatzmethode in Bremen und Thüringen

Marktplatzmethode heißt, dass sich auf einem gemeinsamen verabredeten Marktplatz Unternehmen und gemeinnützigen Organisationen für Gute Geschäfte treffen. Dirk Frenzel vom Projektbüro Markplatz schildert die Erfahrung mit dem ersten Marktplatz in Bremen-Nord, durchgeführt am 30. Juni 2011 unter der Schirmherrschaft des Tanzweltmeisters Roberto Albanese. Innerhalb von zwei Stunden wurden insgesamt 41 Engagementvereinbarungen ausgehandelt. Während des anschließenden Buffets kamen weitere acht Kooperationsvereinbarungen hinzu. Die aus den Niederlanden stammende Methode wurde seit 2007 in mehr als 60 deutschen Städten durchgeführt und wurde 2010 Preisträger im Wettbewerb »365 Orte im Land der Ideen«. Das Bundesland mit einer mittlerweile flächendeckenden Durchführung von solchen Marktplätzen ist Thüringen. Dort fanden 2010 ein Fünftel aller Marktplätze für Gute Geschäfte in Deutschland und Österreich statt. Deshalb darf die dort durchgeführte Evaluation der Methode, die zwischen Oktober 2010 und April 2011 erarbeitet wurde, besondere Aufmerksamkeit beanspruchen. Die nächste Jahreskonferenz zur Marktplatzmethode findet in 15. September 2011 von 10:30 - 17:00 Uhr in Leipzig statt und wird von UPJ - Servicestelle Gute Geschäfte organisiert.

Gastbeitrag Dirk Frenzel unter

http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2011/08/nl8_frenzel.pdf (67 kB)

Evaluation in Thüringen unter

<http://www.thueringer-ehrenamtsstiftung.de/Marktplaetze.157.0.html>

Konferenz in Leipzig unter

http://www.gute-geschaefte.org/uploads/tx_jdownloads/WS-Leipzig_Erfahrungsaustausch_Marktplatzmethode_20110915.pdf

nach oben

AKTUELLES AUS ENGAGEMENTPOLITIK UND -FÖRDERUNG

nach oben

Eine EBI kann teuer werden

Nachdem die Europäische Bürgerinitiative (EBI) als Mitwirkungsinstrument für Bürger und zivilgesellschaftliche Organisationen auf europäischer Ebene beschlossen wurde, gilt es, sie in nationale Bestimmungen zu überführen. Manuel Sarrazin, MdB, Sprecher für Europapolitik der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, hat im Bundesministerium des Innern (BMI) nachgefragt, wie es um die notwendige Zertifizierung des jeweiligen Online-Systems zur Durchführung einer EBI steht, die laut Verordnung des Europäischen Rates und des Europäischen Parlaments von einer nationalen Behörde vorzunehmen ist. Antwort: Vorgesehen ist dafür das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI). Die ses aber lässt in vergleichbaren Prozessen private, externe Prüfstellen und Auditoren die Arbeit machen - und die Kosten dafür sollen bei der EBI die Bürger und Organisationen tragen, die das Instrument der EBI online nutzen wollen. Zur Höhe dieser Kosten machte das BMI keine Angaben, es scheint auch keine

Gebührenordnung mit festen, vorab bekannten Gebührensätzen geplant zu sein. Was kann dann eine EBI kosten? Im Web findet man als üblichen Tagessatz für Zertifizierer 1.000.- EURO ohne Steuern. Schon für die Prüfung einer Standard-Software für das eigene Rechnungswesen gemäß dem IDW Prüfungsstandard »Erteilung und Verwendung von Softwarebescheinigungen (IDW PS 880)« summieren sich entsprechende Kalkulationen auf 25.000.- EURO. Da es sich bei der EBI um ein historisch neues, transnationales Partizipationsinstrument handelt, für das die EU ab 2012 ein neu entwickeltes Open-Source-Produkt kostenlos bereitstellen will, dürfte zudem jeder vom BSI anerkannte Zertifizierer zu Recht zwei Mal hinschauen. Da laut Verordnung die Organisatoren einer EBI einen Bürgerausschuss bilden müssen, dem mindestens sieben Personen angehören, die Einwohner von mindestens sieben verschiedenen Mitgliedstaaten sind, relativieren sich diese Kosten. Zudem sind rein innerbehördlich durchgeführte Zertifizierungen aus anderen EU-Staaten laut EBI-Verordnung zwingend auch in Deutschland anzuerkennen, denn: »Die Mitgliedstaaten erkennen die von den zuständigen Behörden anderer Mitgliedstaaten ausgestellten Bescheinigungen an.« Die Ausführungsbestimmungen zur EBI sollen im September 2011 verabschiedet werden.

Antwort des BMI unter

http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2011/08/nl8_brief_bmi.pdf (119 kB)

nach oben

Kopplungsmodell BFD und FSJ

Das Bundesfamilienministerium hat eine Kopplung zwischen dem Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ) und dem neuen Bundesfreiwilligendienst (BFD) angekündigt. Demnach sollen 3 FSJ-Plätze nur dann genehmigt werden, wenn gleichzeitig auch 2 BFD-Plätze besetzt werden. Hintergrund ist das schleppende Interesse am BFD und die damit verbundene Gefahr, die auf Dauer vorgesehenen Mittel nicht halten zu können. Große Anbieter von Plätzen für FSJ und BFD wie die AWO und das Deutsche Rote Kreuz lehnen diese Pläne ab. Auch aus den Bundesländern werden die Pläne teilweise massiv abgelehnt. Einigkeit herrscht in den verschiedenen Erklärungen darin, dass der BFD eine Chance für mehr freiwilliges Engagement bietet.

Presseerklärung der AWO unter

<http://www.awo.org/awo-presse/newsdetails/article/rechenspiele-foerdern-kein-engagement/45.html>

Presseerklärung des Deutschen Roten Kreuzes unter

<http://www.drk.de/pressemeldungen/meldung/6619-drk-strikt-gegen-kopplungsmodell-von-bundesfreiwilligendienst-und-fsj.html>

Pressemitteilung Sozialministerin Haderthauer unter

<http://www.bayern.de/Pressemitteilungen-.1255.10349305/index.htm>

nach oben

Bundesfreiwilligendienst: Kleine Anfrage der SPD; Stellungnahme der BAGSO

Kaum hat das Projekt der Ersetzung von Zivis durch Bufdis begonnen, stellt die SPD-Fraktion im Bundestag im Rahmen einer Kleinen Anfrage 40 Fragen zu diversen Aspekten des Bundesfreiwilligendienstes. Erkennbar herrscht über die Spielregeln in Einzelbereichen noch Unsicherheit, etwa wenn Hartz-IV-Empfänger oder Arbeitslose einen Bundesfreiwilligendienst (BFD) machen wollen. Schon gibt es auch erste Stimmen, die den BFD insbesondere für Hartz-IV-Empfänger attraktiver machen, d.h. einen höheren Selbstbehalt als zur Zeit ermöglichen wollen, um mehr Interessenten für den BFD zu gewinnen. Auch die Frage nach der Nachbesserung bei der Fortzahlung von Kindergeld für junge Freiwillige bis 25 Jahre ist zwar im Prinzip deklaratorisch geklärt, aber deshalb noch nicht umsetzbare Realität. Die Kleine Anfrage lässt auch erkennen, dass die Zweifel an der Sinnhaftigkeit der Transformation des Bundesamtes für Zivildienst in ein Amt für zivilgesellschaftliche Aufgaben fort dauern. Und schließlich möchte die SPD-Fraktion auch genauer wissen, wie die Resonanz auf die bisherigen Marketing- und Informationsaktivitäten empirisch in Zahlen aussieht. Optimierbare Informationsaktivitäten und Rahmenbedingungen sind Gegenstand einer Stellungnahme zum BFD der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen e.V. (BAGSO). Die prinzipielle Öffnung des BFD auch für Senioren wird begrüßt, aber zugleich auf ein Stellenprofil und Rahmen hingewiesen, der erkennbar vor allem auf Jüngere zugeschnitten ist. Die BAGSO sieht noch erheblichen Klärungs- und Informationsbedarf für eine entsprechende Integration von Seniorinnen und Senioren aus der nachberuflichen Phase in den BFD.

Kleine Anfrage unter

<http://dip.bundestag.de/btd/17/065/1706553.pdf>

Stellungnahme der BAGSO unter

http://www.bagso.de/fileadmin/Aktuell/Presse/BAGSO_PM_8.2011_Bundesfreiwilligendienst_5.7.2011-1.doc

nach oben

FSJ-Kultur: Anfrage beantwortet

Die Bundesregierung hat eine Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum FSJ-Kultur beantwortet. So standen für das Freiwillige Soziale Jahr für den Jahrgang 2009/2010 insgesamt 41.441 FSJ-Plätze zur Verfügung, wobei der Anteil der Plätze für das FSJ-Kultur 2,8 Prozent betragen habe. Dabei ist die Zahl der jungen Freiwilligen, die ein Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) im Bereich Kultur absolviert haben, von 296 im Jahrgang 2003/2004 kontinuierlich auf 1.147 im Jahrgang 2009/2010 gestiegen. Etwa 2/3 dieser Plätze wird von weiblichen Freiwilligen wahrgenommen.

Antwort der Bundesregierung unter

<http://dip.bundestag.de/btd/17/061/1706184.pdf>

nach oben

Programm »Jugend stärken«: Kürzungen, Entschlussanträge

Seit Bekanntwerden der Planungen im März 2011 kritisiert der Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit wiederholt die nachteiligen Folgen des Beschlusses der Bundesregierung, das Programm »Jugend stärken« entgegen der ursprünglichen Planungen ab September 2011 drastisch um die Hälfte zu reduzieren. Dies trifft insbesondere auch die bislang 400 Standorte der Teilprogramme »Schulverweigerung - Die 2. Chance« und »Kompetenzagenturen«, die mit ESF-Mitteln kofinanziert werden. Zusätzlich wird die Kofinanzierung aus Mitteln der Arbeitsförderung (SGB II, SGB III) ab 2012 nicht mehr möglich sein. Das sei eine Beschneidung von Projekten, die gerade im Umgang mit benachteiligten Jugendlichen und ihrer Reintegration in Schule bzw. Arbeitsmarkt große Erfolge vorweisen können. Die Bundesregierung hat im Mai die vorgesehene Reduktion zwar abgeschwächt, doch sie bleibt mit über 25 Prozent beträchtlich. Die Fraktionen DIE LINKE sowie die SPD-Fraktion haben hierzu jeweils Entschlussanträge im Bundestag eingebracht, um die weitere erfolgreiche Arbeit im bisherigen Umfang abzusichern bzw. auszubauen. Im Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit haben sich die Arbeiterwohlfahrt (AWO), die Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit (BAG EJSA) und die Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit (BAG KJS), die Bundesarbeitsgemeinschaft örtlich regionaler Träger der Jugendsozialarbeit (BAG ÖRT), DER PARITÄTISCHE Gesamtverband (DER PARITÄTISCHE), das Deutsche Rote Kreuz (DRK) und der Internationale Bund (IB) zusammengeschlossen, um die gesellschaftliche und politische Teilhabe von benachteiligten Jugendlichen zu verbessern.

Weitere Informationen unter
<http://www.jugendsozialarbeit.de/288>

nach oben

Transparenterer Lobbyismus: Entschlussantrag

Der Deutsche Bundestag führte im Jahr 1972 die aktuell geführte öffentliche Liste von Verbänden ein, die auf die Arbeit des Deutschen Bundestages einwirken wollen. Diese Liste gewährleistet aus Sicht der SPD-Fraktion nicht in ausreichender Weise die notwendige Transparenz. Es müsse ein echtes Lobbyregister her, das mindestens alle bezahlten Akteure der Lobbyarbeit erfasst und nicht nur Verbände. Insgesamt sollen auch die in diesem Zusammenhang aufgewendeten Finanzmittel erkennbar werden. Schließlich sei auch ein Verhaltenskodex für Lobbyisten notwendig, der bei Nichtbefolgung mit Sanktionen durch den Bundestag geahndet werden kann.

Antrag unter
<http://dip.bundestag.de/btd/17/064/1706442.pdf>

nach oben

Extremismusklausel: Kleine Anfragen und praktische Erfahrungen

Die je nach Blickwinkel mal als Demokratie-, mal als Extremismusklausel bezeichnete Erklärung ist Voraussetzung für Zuwendungen des Bundes für die Arbeit gegen Extremismus. Mittlerweile ist die Klausel in der Praxis der betroffenen Organisationen angekommen, die teils solche Unterschriften

verweigern bzw. die rechtliche Auseinandersetzung suchen. Einzelne Bundesländer verfolgen unterschiedliche Strategien, um die Organisationen bei ihrem Vorgehen zu unterstützen. Einen Überblick bietet ein Artikel der Zeitschrift MUT gegen rechte Gewalt. Die SPD-Fraktion hat die praktischen Auswirkungen sowie den Umgang der Bundesländer mit der Extremismusklausel zum Gegenstand einer Kleinen Anfrage am 6. Juli 2011 gemacht. Darin fragt sie auch danach, ob es jenseits grundsätzlicher ideologischer Überzeugungen überhaupt empirische Erkenntnisse darüber gab, dass aus bisherigen Bundesprogrammen extremistische Strukturen gefördert worden wären. Zudem will die Fraktion wissen, in welchen Programmen diese Klausel zur Anwendung gebracht wird und warum dies nur in diesen der Fall ist. Zwei Tage zuvor hat die Bundesregierung eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE zur Extremismusklausel beantwortet. Danach gäbe es keine Probleme.

Artikel in der Zeitschrift MUT unter

<http://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/news/meldungen/extremismusklausel-unterschrift-verweigert>

Kleine Anfrage der SPD-Fraktion unter

<http://dip.bundestag.de/btd/17/065/1706554.pdf>

Antwort auf die Anfrage der Fraktion DIE LINKE unter

<http://dip.bundestag.de/btd/17/065/1706554.pdf>

nach oben

Städtebauförderung: Anträge der Opposition

Die Einschnitte im Bereich der Städtebauförderung und der Sozialen Stadt seitens der Bundesregierung sind innerhalb und außerhalb des Parlaments vielstimmiger Kritik ausgesetzt. Am 28. Juni 2011 hat die Konferenz der für Städtebau, Bau- und Wohnungswesen zuständigen Minister und Senatoren der Länder (ARGEBAU) die Bundesregierung einstimmig dazu aufgefordert, die Mittel ab 2012 wieder deutlich anzuheben sowie die Länder künftig in die Finanzplanungen frühzeitig einzubeziehen, um Planungssicherheit zu erhalten. Die Fraktion DIE LINKE hat diese Forderungen als Gegenstand eines Entschlussantrages in den Bundestag eingebracht. In einem gemeinsamen Entschlussantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN geht es umfassend um die Instrumentarien der Städtebauförderung, um deren Fortschreibung und Weiterentwicklung in den nächsten Jahren. Dabei geht es auch um eine grundsätzliche bessere Finanzausstattung der Kommunen und Städte.

Antrag der Fraktion DIE LINKE unter

<http://dip.bundestag.de/btd/17/064/1706447.pdf>

Gemeinsamer Antrag unter

<http://dip.bundestag.de/btd/17/064/1706444.pdf>

nach oben

Bürgerbeteiligung: Projektauf Ruf

Im Rahmen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik sollen neue, innovative und auch experimentelle Verfahren der Stadtentwicklung in der Praxis erprobt werden. Die Partner der Nationalen Stadtentwicklungspolitik Bund, Länder, Deutscher Städtetag und Deutscher Städte- und Gemeindebund rufen bis zum 02.09.2011 dazu auf, sich mit Projekten für eine bürgernahe und von Bürgern sowie anderen Akteuren im Gemeinwesen getragene, transparente und kommunikative Stadtentwicklung zu bewerben. Die Projekte sollen als gute Beispiele dienen und übertragbare Beiträge zur Stadtentwicklung und Politikgestaltung von Bund, Ländern und Kommunen leisten.

Weitere Informationen unter

http://www.nationale-stadtentwicklungspolitik.de/DE/Wettbewerbe/NSPPProjektaufruf/projektaufruf__no.de.html

nach oben

Unterausschuss BE: Protokoll der 15. Sitzung

Die 15. Sitzung des Unterausschusses Bürgerschaftliches Engagement des Deutschen Bundestages wurde gemeinsam mit dem Sportausschuss durchgeführt, denn: Im Mittelpunkt stand das bürgerschaftliche Engagement im Sport. Zum einen fand ein Expertengespräch zum Thema »Aktuelle Entwicklungen des bürgerschaftlichen Engagements im Sport« mit Prof. Dr. Sebastian Braun (Humboldt-Universität zu Berlin), Dr. Karin Fehres (Deutscher Olympischer Sportbund) sowie Ingo Weiss (Deutsche Sportjugend) statt. Zum anderen berichtete Dr. Christoph Bergner, Parlamentarischer Staatssekretärs beim Bundesministerium des Innern, zu aktuellen Projekten und Vorhaben des Ministeriums im Sportbereich mit Bezug zum Thema »Bürgerschaftliches Engagement«. Das Protokoll der Sitzung ist jetzt online.

Protokoll unter

http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse17/a13/buerger_eng/Oeffentliche_Sitzungen/Protokolle/15__Sitzung_Kurzprotokoll.pdf

nach oben

Bürgerdialog Energietechnologien der Zukunft

Mit einer Frage zur Hightech Medizin eröffnete das Bundesministerium für Bildung und Forschung den auf vier Jahre angelegten Bürgerdialog Zukunftstechnologien. Kaum gestartet, verlangte Fukushima seinen Tribut: Seit dem 11. Juli läuft ein weiterer Bürgerdialog, diesmal zur Zukunft der Energie. Aktuell können vier Thesen zur Zukunft der Energieversorgung und zu erneuerbaren Energien diskutiert werden. Später folgen weitere Dialogschritte. Das Instrument des Bürgerdialoges soll ein Forum für den offenen Austausch zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Wissenschaft und Politik werden, geführt in regionalen Bürgerkonferenzen und im Internet. Die Ergebnisse des Dialogs werden in einem Bürgerreport festgehalten, der an Verantwortliche aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft übergeben wird.

Weitere Informationen unter

http://mitreden.buergerdialog-bmbf.de/energietechnologien-fuer-die-zukunft/haeufige_fragen

nach oben

Geschäftsstelle »Europäisches Jahr 2012« eingerichtet

Zum 1. Juli 2011 hat die deutsche Geschäftsstelle zum »Europäischen Jahr für aktives Altern und die Solidarität zwischen den Generationen 2012« ihre Arbeit aufgenommen. Träger der Geschäftsstelle sind die Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen e.V. (BAGSO) und die Forschungsgesellschaft für Gerontologie e.V. (FfG) in Dortmund. In Kürze werden erste Informationen über die Beteiligungsmöglichkeiten verbreitet. Sitz der Geschäftsstelle ist c/o BAGSO e.V., Bonngasse 10 in 53111 Bonn.

Weitere Informationen und Kontakt unter

<http://www.bagso.de>

nach oben

Stefan Nährlich: Sozialunternehmer ohne Sozialunternehmen

Der Begriff des Sozialunternehmers hat in den letzten Jahren bis hinein in die Bundesregierung viele Anhänger gefunden. Effizienz, Innovation und Tatkraft scheinen ihm oder ihr auf den Leib geschrieben. Diese positive Bild stimmt Stefan Nährlich skeptisch, denn spätestens wenn der Sozialunternehmer etwas Soziales real unternehmen will, kommt er nicht darum herum, eine Organisationsform zu wählen: Er muss sich entscheiden, ob er steuertechnisch in der Profit-Welt oder der Nonprofit-Welt agiert. Doch reicht es wirklich, ein Sozialunternehmertum fördern zu wollen, ohne dass es hierfür spezielle Organisations- und Besteuerungsformen gibt? Ohne eine Reform starrer Regeln des Gemeinnützigkeitsrechts bleibt die Lobrede auf Sozialunternehmer für Stefan Nährlich nur blasse Rhetorik.

Kommentar von Stefan Nährlich unter

http://www.aktive-buergerschaft.de/buergergesellschaft/kommentare/2011/06_-_sozialunternehmer

nach oben

AKTUELLES AUS DEM BBE

nach oben

Breuninger-Stiftung und DFB: Das BBE begrüßt neue Mitglieder

Der Sprecherrat des BBE nahm während seiner letzten Sitzung die Breuninger-Stiftung und den Deutschen Fußball Bund (DFB) als vorläufige Mitglieder in das BBE auf. Sie verbleiben bis zur Aufnahmebestätigung durch die BBE-Vollversammlung am 9. Dezember 2011 im Status vorläufiger Mitglieder mit allen Rechten und Informationszugängen. Über die neuen Mitglieder informiert demnächst auch die Homepage des BBE.

nach oben

Ehrenamtliche Vereinsvorstände: Projekt

Der Verein ist die bedeutendste Rechtsform des Engagements und vor allem im lokalen Raum wirksam. Allerdings haben viele Vereine zunehmend Schwierigkeiten bei der Besetzung ehrenamtlicher Vorstandsämter. Die Gründe liegen unter anderem in der stetig wachsenden Verantwortungsbürde und dem hohen Arbeitsaufwand von Vereinsvorständen sowie dem insgesamt negativen Image der Vorstandsarbeit. Zielstellung des Projekts ist es, das Bewusstsein der Mitgliedsorganisationen des BBE für die rechtzeitige und planvolle Bearbeitung dieser Problemstellung zu verstärken und Lösungsvorschläge zur Modernisierung der Vorstandsarbeit über die Mitgliedsorganisationen zu den Vereinen zu transportieren. Im Projektzeitraum von 01.07.2011 - 30.06.2014 soll das Thema mit Unterstützung einer Koordinierungsstelle im BBE systematisch bearbeitet werden. Die Ergebnisse werden dokumentiert, um eine weitergehende Verbreitung, Wahrnehmung und Diskussion der Inhalte zu gewährleisten. Das Projekt wird von der Robert Bosch Stiftung gefördert.

Weitere Informationen unter

<http://www.b-b-e.de/index.php?id=14712>

nach oben

BBE wirkt mit beim 6. Demographie-Kongress in Berlin

Der 6. Demographie-Kongress Best Age hat diesmal zum Thema: »Ressource Mensch - Gesellschaftliche Potenziale im Wandel«. Eine Vielzahl zentraler Fragen des demographischen Wandels, der mit dem beginnenden Eintritt der Baby-Boomer-Generation in den Ruhestand immer spürbarer wird, ist Gegenstand des 6. Demographie-Kongresses Best Age. Wie sieht eine demographiefeste Personalpolitik aus? Wie können und müssen Kommunen auf den Wandel, etwa im Bereich der Bauplanung reagieren? Eine wichtige Dimension des Kongresses stellt bürgerschaftliches Engagement dar. Das BBE gestaltet dazu aktiv das Parlamentsforum VI mit, zum Thema »Demographie- und Engagementstrategie: Wo steht die Bundespolitik?«. Auch in weiteren Foren steht Engagement auf der Agenda, so im Forum IV: »Vom Erwerbsleben ins Engagement - Übergang gestalten«, das die Kongressveranstalter zusammen mit dem Generali Zukunftsfonds durchführen oder dem Forum XII: »Bürger machen Stadt - aus Mitbestimmung erwächst Engagement«. Der Kongress findet am 30. und 31. August 2011 im dbb forum in Berlin statt.

Weitere Informationen unter

<http://www.best-age-conference.com>

nach oben

Engagement junger Flüchtlinge fördern: Tagung

Freiwilliges Engagement von und für Migranten und Migrantinnen ist seit vielen Jahren Thema. Junge Flüchtlinge mit ungesichertem Aufenthaltsstatus sind dabei selten im Blick, obwohl gerade sie in besonderem Maße auf Unterstützung und Hilfe angewiesen sind. Zu dieser Thematik führt die Stiftung MITARBEIT in Kooperation mit dem BBE und der BAG Evangelische Jugendsozialarbeit (BAG EJSA) eine zweitägige Fachtagung mit dem Titel »Gesellschaftliche Teilhabe und Selbstorganisation von jungen Flüchtlingen durch freiwilliges Engagement

fördern« durch. Sie findet am 25. und 26. November 2011 im Internationalen Zentrum in Köln statt. Ziel der Fachtagung ist es, den Teilnehmern Anregungen und Orientierung für Handlungsansätze zu vermitteln, die erfolgreich freiwilliges Engagement für junge Flüchtlinge und von jungen Flüchtlingen fördern.

Weitere Informationen unter
<http://www.mitarbeit.de/tagungen.html>

nach oben

AG 6 Öffentlichkeitsarbeit: Sitzung am 20.06.2011

Im Mittelpunkt der AG-Sitzung in Berlin stand die Vorstellung des Konzeptes der Thementage, die dieses Jahr erstmalig innerhalb der Aktionswoche stattfinden. In Kooperation mit jeweiligen Leitorganisationen werden an drei Tagen vom 16. bis 25. September 2011 die Themen Unternehmensengagement, Bürgerstiftungen und Europa insbesondere in Form von Sonder-Infolettern bespielt. Zudem gab es Informationen zum Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit, insbesondere zu der für Oktober in Berlin geplanten Zelt-Tour und einen Zwischenbericht zum Deutschen Engagementpreis 2011. Am Beispiel der Sozialhelden e.V. wurde gezeigt, wie die Öffentlichkeitsarbeit einer NGO durch die Verbindung von unkonventionellen Ideen mit sozialem Engagement erfolgreich funktionieren kann.

nach oben

Neuer Mitarbeiter in der Geschäftsstelle

Seit Anfang Juli wird die Geschäftsstelle für ein halbes Jahr durch Martin Burwitz als Praktikant verstärkt. Er studierte Politikwissenschaft am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin, war langjähriger Mitarbeiter bei abgeordnetenwatch.de und ist Mitglied des Landesvorstandes von Mehr Demokratie e.V. in Berlin/Brandenburg. In seiner Freizeit engagiert er sich für die Förderung gesellschaftlicher Mitgestaltungsmöglichkeiten.

nach oben

Ausschreibung: Praktikum in der BBE-Newsletter-Redaktion

Die Geschäftsstelle des BBE sucht ab Oktober 2011 für den Zeitraum von sechs Monaten eine Praktikantin bzw. einen Praktikanten in Vollzeit für die Newsletter-Redaktion. Zu den Tätigkeitsbereichen gehören insbesondere die Mitwirkung an der Erstellung des Newsletters und die Unterstützung bei der BBE-Buchreihe. Weitere Aufgaben sind die Mitarbeit bei der Vorbereitung und Durchführung von Veranstaltungen, Projekten und Gremien-Sitzungen des BBE sowie die Unterstützung der allgemeinen Geschäftsstellentätigkeit. Das Praktikum wird mit 400 Euro im Monat (Minijob) vergütet. Ihre Bewerbung richten Sie bitte schriftlich oder per E-Mail bis spätestens zum 26.08.2011 an die BBE-Geschäftsstelle.

Ausschreibung unter
http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2011/08/nl8_ausschreibung_praktikum.pdf (62 kB)

Bewerbungen an E-Mail: info@b-b-e.de

nach oben

FACHDISKURS

nach oben

Generationendialog: Sommerforum

Unter der Schirmherrschaft des Hessischen Sozialministers Steffan Grüttner findet das Sommerforum Generationendialog im hessischen Langen statt, organisiert vom Projektbüro »Dialog der Generationen« der Berliner Pfefferwerk Stadtkultur gGmbH. Thema ist die »generationengerechte Gemeinde« als kommunales Leitbild. Lokale, regionale, bundesweite und europäische Akteure werden Generationen verbindende Projekte und Arrangements in 7 Foren einem Fachpublikum darstellen, ihre kommunale Vernetzung sichtbar machen und dazu ermutigen, Problemlagen, Hindernisse und Chancen zu thematisieren. Das Sommerforum findet vom 18. bis 20. August 2011 statt.

Weitere Informationen unter

http://www.generationendialog.de/cms/index.php?option=com_content&task=blogsection&id=5&Itemid=30

nach oben

Ökumenische Tagung zum ehrenamtlichen Engagement

Am 30. September und 1. Oktober 2011 findet in Erfurt die Zweite Ökumenische Tagung zum ehrenamtlichen Engagement in Kirche und Gesellschaft statt. Die Tagung mit dem Titel »Kompetent und qualifiziert: Wir engagieren uns!« befasst sich mit dem Kompetenzerwerb durch und für ehrenamtliches Engagement, u. a. auch mit Trends im Bereich der Qualifizierungsangebote für Ehrenamtliche. Ebenso geht es darum, wie sich solche Kompetenzen darstellen und etwa auch in Ausbildung und Beruf anerkannt werden können. Zugleich geht es um das besondere Element, das Christinnen und Christen in ihr ehrenamtliches Engagement einbringen können. Die Tagung richtet sich an ehrenamtliche Multiplikatoren und hauptamtlich im Bereich Ehrenamtsförderung Tätige aus Kirchengemeinden, Verbänden, Einrichtungen und Initiativen sowie weitere am Thema Interessierte.

Weitere Informationen unter <http://www.wir-engagieren-uns.org>

nach oben

Heinz-Westphal-Preis 2011 ausgeschrieben

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und der Deutsche Bundesjugendring zeichnen Jugendliche aus, die sich ehrenamtlich engagieren. Bis zum 2. September 2011 können sich alle Verbände, die im Jugendbereich tätig sind oder das Engagement junger Menschen fördern, online für den diesjährigen, mit insgesamt 15.000.- EURO dotierten Heinz-Westphal-Preis bewerben. Ausgezeichnet werden kreative Aktivitäten und Aktionen, die das ehrenamtliche Engagement junger Menschen ermöglichen, stärken oder Jugendliche zu freiwilliger Arbeit motivieren. Eine Bewerbung von Einzelpersonen ist nicht möglich.

Weitere Informationen unter <http://www.heinz-westphal->

[preis.de/teilnahme.php?HWP=bfb0105e7c3b24d2adc8ffa37fa839e5](http://www.heinz-westphal-preis.de/teilnahme.php?HWP=bfb0105e7c3b24d2adc8ffa37fa839e5)

nach oben

Software für Onlineumfrage als Spende für Vereine

Das US-amerikanische Unternehmen SurveyMonkey stellt förderberechtigten Non-Profit-Organisationen ein Jahresabonnement »Plus« seines online Umfrage-Tools über [stifter-helfen.de](http://www.stifter-helfen.de) zur Verfügung. Mit SurveyMonkey Plus können Onlineumfragen mit unbegrenzten Fragen und vielfältig gesteuerten Antwortmöglichkeiten erstellt werden, von der Mitarbeiterbefragung über Evaluierung von Fortbildungsveranstaltungen bis hin zur Marktforschung. Quelle: Vereinsinfobrief Nr. 229

Weitere Informationen unter

<http://www.stifter-helfen.de/foerderkriterien/surveymonkey>

nach oben

Zivilgesellschaft in Zahlen: Publikation

Aus dem Projekt Zivilgesellschaft in Zahlen (ZiviZ) liegt jetzt eine Publikation vor, die eine wichtige Lücke über den Dritten Sektor in Deutschland verringert, nämlich die statistische Beschreibung der im Nonprofit-Sektor aktiven Organisationen mit sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten. Es handelt sich um einen gemeinsamen Bericht des Statistischen Bundesamts (DeStatis) und des Centrums für soziale Investitionen und Innovationen (CSI). Ausgewertet wurde das statistische Unternehmensregister, in dem mit Stand 30.9.2009 für das Jahr 2007 insgesamt 3,6 Millionen Unternehmen mit 25 Millionen Beschäftigten erfasst sind. Mit einer Kombination von maschinell en und händischen Verfahren konnten dem Dritten Sektor für 2007 eindeutig rund 105.000 Unternehmen mit rund 2,3 Millionen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten zugeordnet werden. Das sind ca. 3 Prozent der Unternehmen bzw. ca. 9 Prozent der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten in Deutschland. Auch wenn eine Beschreibung oder Erfassung ehrenamtlicher Tätigkeiten oder nur ehrenamtlich betriebener Unternehmungen in diesem Zusammenhang nicht möglich war, muss man feststellen: Solche umfassenden Daten lagen zuletzt aus dem Johns-Hopkins-Projekt Mitte der 1990er Jahre vor und die waren schlicht durch Überalterung unbrauchbar für aktuelle Diskussionen geworden. Das vom Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, der Bertelsmann Stiftung und der Fritz Thyssen Stiftung für Wissenschaftsförderung initiierte und getragene Projekt ZiviZ trägt hier einiges zu einem Update der Diskussion bei.

Publikation unter

http://www.stifterverband.info/statistik_und_analysen/dritter_sektor/veroeffentlichungen/zivilgesellschaft_in_zahlen_abschlussbericht_modul_1.pdf

nach oben

Engagement und Migration: Publikationen

In den Jahren 2010-2011 wurde am Max-Planck-Institut zur Erforschung multireligiöser und multiethnischer Gesellschaften über Einwanderinnen und Einwanderer in den Räten deutscher Städte durchgeführt. Die Ergebnisse der Studie sind jetzt erschienen. Danach ist die Zahl der Rätinnen und Räte mit Migrationshintergrund zwar gestiegen und nur noch in 16 der 77 Großstädte sind

sie nicht in den Räten vertreten, doch die Gesamtzahl bleibt niedrig. Während annähernd 25 Prozent der Großstädter einen (neueren) Migrationshintergrund haben, ist dies bei lediglich 4 Prozent der Räte der Fall. Das Engagement von Migranten ist auch im neuen Heft des Forschungsjournal Soziale Bewegungen das Schwerpunktthema. Darin geht es in den insgesamt 11 Beiträgen vor allem um die Partizipation von Einwanderern in politischen Prozessen sowie ihre Selbstorganisation.

Studie des Max-Planck-Instituts unter

<http://www.boell.de/presse/presse-einwanderer-in-raeten-deutscher-grossstaedte-stark-unterrepraesentiert-12439.html>

Forschungsjournal Soziale Bewegungen unter

<http://www.fjnsb.de>

nach oben

Freiwilligenchartas: Publikation

Seit zehn Jahren bildet die Freiwilligencharta des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes ein (verbandsinternes) Fundament für Freiwilligenarbeit in den im DPWV organisierten Diensten, Einrichtungen, Initiativen, Selbsthilfegruppen und Selbsthilfeorganisationen. Im eNewsletter Wegweiser-Bürgergesellschaft Nr. 14/2011 vom 22.7.2011 wurde das Zehnjährige zum Anlass genommen, das Thema der Freiwilligenchartas in den Mittelpunkt zu stellen. Neben den Erfahrungen beim DPWV geht es um Freiwilligenchartas in der Kommune, um Sinn und Grenzen solcher Chartas und um die Berliner Freiwilligencharta.

Publikation unter

<http://www.buergergesellschaft.de/aktuelles/archiv-des-newsletters/enewsletter-archiv-2011/3-quartal-2011/enewsletter-nr-142011-22072011-von-wegweiser-buergergesellschaftde/106027/>

nach oben

Hinweis

Der nächste Newsletter erscheint am 1. September 2011. Redaktionsschluss ist der 25. August 2011.

Bitte schicken Sie Ihre Informationen an [newsletter\(at\)b-b-e.de](mailto:newsletter(at)b-b-e.de)

Die Beiträge dieses Newsletters geben, sofern nicht ausdrücklich als solche Nachrichten gekennzeichnet, nicht die Meinung des BBE wieder, sondern repräsentieren die Vielstimmigkeit der Meinungen und Akteure im BBE und im Feld der Engagementförderung und -politik. Die Redaktion des Newsletters verfolgt das Ziel, die jeweils aktuellsten und wichtigsten Nachrichten für die Leserschaft zusammenzustellen.

Die Hinweise auf die allgemeinen Geschäftsbedingungen für die Publikation von Nachrichten im BBE-Newsletter finden Sie unter [Impressum](#).

Die Einzelbeiträge sind Verlinkungen ins Internet und können nur geöffnet werden, wenn eine Online-Verbindung besteht!

Redaktion: PD Dr. Ansgar Klein, Steffi Wilke MA und Dr. Rainer Sprengel.

Eine Übersicht über die nächsten geplanten Schwerpunkt-Themen finden Sie unter [Kommende Themen](#)

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

- Geschäftsstelle -

Michaelkirchstr. 17-18

10179 Berlin-Mitte

www.b-b-e.de

Geschäftsführer Dr. Ansgar Klein

Telefon: (0 30) 6 29 80-11 0

E-Mail: ansgar.klein@b-b-e.de

nach oben